



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gruppe DIE LINKE/DIE PARTEI Datum: 14.02.2024	Antrag	2024/026
	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich	

Beratungsgegenstand:

Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gruppe DIE LINKE/Die Partei vom 01.02.2024 zum Thema "Unterstützung der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages"

Produkt/e:

111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status Datum Gremium

N 13.02.2024 Kreisausschuss

Ö 15.02.2024 Kreistag

Anlage/n: Originalantrag

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag schließt sich im Grundsatz der „Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages“ an. Die Menschen im Landkreis stehen hinter dieser Erklärung.

Sachlage:

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land, in unseren Landkreisen und Städten schüren. In unseren Kreisen und Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unserer Gesellschaft. Das macht uns aus. Unsere Städte und Kommunen gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden. Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen im ganzen Land deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Gesellschaft.

Begründung:

Aufgrund des jüngst bekannt gewordenen Geheimg Treffens von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und rechtsradikalen Aktivisten im November 2023, hat der Deutsche Städtetag nach den Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss am 18.01.2024 die „Trierer Erklärung“ verabschiedet.

Im Nachgang zu diesen Sitzungen haben sich bereits Städte und Organisationen der Erklärung angeschlossen. Auch die Menschen im Landkreis Lüneburg haben mit großen Demonstrationen am 20.01.2024 deutlich gemacht, dass sie ein unmissverständliches, klares Zeichen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus setzen möchten.



SPD-Fraktion
Auf dem Meere 14/15
21335 Lüneburg



Kreistagsfraktion
Bündnis90/Die Grünen
B90/Die Grünen-Fraktion
Neue Sülze 4
21335 Lüneburg



Gruppe im Lüneburger Kreistag
Gruppensprecher: Markus Graff
Dorfstr. 33d 21365 Adendorf
Tel.: 0177-3224686
kreistagsfraktion@dielinke-lueneburg.de

Landkreis Lüneburg
Herrn Landrat Jens Böther
Auf dem Michaeliskloster 4
21310 Lüneburg

Lüneburg, den 13. Februar 2024

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 15. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Landrat Böther,
zur o.a. Sitzung des Kreistages stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

Der Kreistag schließt sich im Grundsatz der „Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages“ an. Die Menschen im Landkreis stehen hinter dieser Erklärung.

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land, in unseren Landkreisen und Städten schüren.

In unseren Kreisen und Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unserer Gesellschaft. Das macht uns aus. Unsere Städte und Kommunen gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen im ganzen Land deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Gesellschaft.

Begründung:

Aufgrund des jüngst bekannt gewordenen Geheimtreffens von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und rechtsradikalen Aktivisten im November 2023, hat der Deutsche Städtetag nach den Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss am 18.01.2024 die „Trierer Erklärung“ verabschiedet.

Im Nachgang zu diesen Sitzungen haben sich bereits Städte und Organisationen der Erklärung angeschlossen. Auch die Menschen im Landkreis Lüneburg haben mit großen Demonstrationen am 20.01.2024 deutlich gemacht, dass sie ein unmissverständliches, klares Zeichen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus setzen möchten.

Mit freundlichen Grüßen

Franz-Josef Kamp
Fraktionsvorsitz. SPD

Petra Kruse-Runge
Fraktionsvorsitz. Grüne

Markus Graff
Gruppenvorsitz. Die Linke/Die Partei